

## **Resolution 1 des gesamten Plenums von „Jugend im Parlament 2010“**

### **Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

Da das Wahlalter im Bundesland Bremen auf 16 Jahre herabgesenkt worden ist, stehen viele SchülerInnen vor dem Problem, dass sie unzureichend über Politik informiert sind. Zusätzlich macht sich eine zunehmende Politikverdrossenheit in der Gesellschaft bemerkbar. Des Weiteren ist derzeit im ganzen Bundesland Bremen an keiner Schule ein Politik Leistungskurs eingerichtet, an einigen Schulen ist kein Grundkurs eingerichtet.

### **Resolution (Schildere die Lösung):**

Wir fordern, dass an allen Bremer Schulen ein verpflichtendes Fach Politik unterrichtet wird. Das Fach soll zunächst in der siebten Klasse einstündig als Einführung unterrichtet werden, ab der achten Klasse darauf aufbauend durchgehend zweistündig. In allen gymnasialen Oberstufen soll Politik als Wahlfach angeboten werden. An mindestens je einer Schule in Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven soll zusätzlich ein Politik-Leistungskurs eingerichtet werden. Schwerpunkte sollen auf das gesamte politische Spektrum von Schul- über Kommunal-, Landes-, Bundes-, Europa- bis Weltpolitik gelegt werden.

### **Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):**

Die Änderung ist rein planerischer Natur und bringt keinen finanziellen Mehraufwand mit sich.

**Resolution 2A****Name des Ausschusses: Wirtschaft und Finanzen****Problem:**

Aktuell hat Bremen eine Haushaltssperre. Das heißt, dass Bremen keine weiteren Finanzaktionen tätigen darf und Einsparungen durchführen muss, um weitere Schulden zu vermeiden und aktuelle Schulden abzubauen. In den letzten Jahren wurde ein zu großer Geldbetrag im Bildungs- und Sozialwesen eingespart. Die Folge ist, dass wir schon jetzt zu große Defizite in dem angesprochenen Finanzhaushalt haben. Dies macht sich auch unter anderem bei vielen Schulen, in Form von mangelhaften Schulmaterialien und -ausstattungen, bemerkbar.

**Resolution:**

Wir dürfen keine weiteren Einsparungen in den Bereichen Bildung und Soziales durchführen, die das Niveau der Bildung beeinflusst bzw. absenkt. Wir halten eine Bevölkerung mit guter Bildung als eine zukünftige Basis für rentable Steuereinnahmen. Es müssen die Umstände geschaffen werden, dass SchülerInnen nach abgeschlossener Ausbildung eine Perspektive für sich in Bremen sehen. Wir sind gegen Einsparungen im sozialen Bereich (Renten-/Behindertenhilfe), da wir diese als nicht sinnvoll erachten.

**Finanzierung:**

Die Finanzierung ist über die Steuereinnahmen gewährleistet, die bereits in diese Bereiche einfließen. Es handelt sich um eine Umstrukturierung, die keine neue Finanzierung voraussetzt.

**Resolution 2B****Name des Ausschusses: Wirtschaft und Finanzen****Problem:**

Einige Kritiker, sehen die starken Verluste am Auto-Export als Aufforderung dafür, die Mittel für die Häfen zu streichen, da sie deren Zukunftsfähigkeit bezweifeln.

**Resolution:**

Wir fordern die Erhaltung der Bremischen Häfen, insbesondere die weitere Förderung des Containerterminals in Bremerhaven und keine finanziellen Mittel zu streichen, da der Hafen rentabel arbeitet und für die Sicherung der Arbeitsplätze notwendig ist. Um konkurrenzfähig bleiben zu können, müssen die Hafenanlagen stetig modernisiert werden. Der Containerhafen in Bremerhaven ist und bleibt einer der wichtigsten Arbeitgeber der Region. Eine Kürzung der finanziellen Mittel hat gravierende Folgen für Bremens Wirtschaft und Gesellschaft.

**Finanzierung :**

Die Einnahmen des Containerhafens sollen direkt wieder in ihn investiert werden. Zuwendungen sollten nicht gekürzt werden. Wir fordern die Aufrechterhaltung des Status Quo. Sollten trotzdem weitere Mittel benötigt werden, könnte bspw. das Bremer Theater effizienter gestaltet werden.

**Resolution 2C****Name des Ausschusses: Wirtschaft und Finanzen****Problem:**

Bremen hat ein Haushaltsdefizit von 899 Mio. €. Einsparungen alleine reichen nicht, um den Haushalt zu refinanzieren. Deshalb müssen lohnende Investitionen getätigt werden, da dies längerfristig die einzige Methode ist, die Bremer Finanzen wieder auszugleichen.

**Resolution:**

Wir fordern, dass gezielter in die Forschung der Offshore-Technik investiert wird. Das vorhandene Potential in diesem Sektor ist noch nicht ausreichend genutzt. Wenn Bremen in diesen aufstrebenden Industriezweig weiterhin investiert, wird es sich die Vorreiterrolle auf diesem florierenden Wirtschaftszweig sichern. Gleichzeitig würden im Land Bremen weitere Arbeitsplätze geschaffen, die den Wohlstand unserer Bürger fördern würden und zusätzliche Kaufkraft in die Region bringen. Das würde letztendlich auch die Steuereinnahmen erhöhen und das Haushaltsdefizit senken.

**Finanzierung:**

Das Projekt soll über Darlehen der Stadt Bremen finanziert werden. Außerdem über Zuschüssen des Bundes, um eine Selbstfinanzierung der Branche zu sichern, damit die Finanzierung nicht zu Lasten des Steuerzahlers fällt.

**Resolution 2D****Name des Ausschusses: Wirtschaft und Finanzen****Problem:**

Wir sehen das Problem, dass das Haushaltsdefizit bis zum Jahre 2020 ausgeglichen werden muss, ohne den Aspekt der Haushaltssperre zu beeinträchtigen und somit Bremens Selbständigkeit zu sichern.

**Resolution:**

Kleine staatliche Unternehmen sollten zusammengelegt werden, um Kompetenzen zu bündeln und Kosten zu sparen. Zudem könnten die Arbeitsabläufe in Behörden effizienter gestaltet werden.“ Dabei müssen geschichtsträchtige Museen oder Theater als Teil der Bremer Kultur unangetastet bleiben.

**Finanzierung:**

Der besondere Vorteil unsere Resolution ist, dass es keine zusätzlichen Kosten gibt, sondern im Gegenteil, Ausgaben reduziert werden.

### **Resolution 3A**

#### **Name des Ausschusses: Bildung**

##### **Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

In der Schule gibt es verschiedene Entscheidungsgremien. Momentan ist die Sachlage, dass SchülerInnen ein geringes Mitbestimmungsrecht im Entscheidungsprozess besitzen. So haben die Schüler in der Schulkonferenz, dem höchsten internen Gremium der Schule, im Normalfall nur ein Viertel der Stimmberechtigten Mitglieder. In diesen Konferenzen und Gremien herrscht eine Protokollpflicht. Diese Dokumente wurden bisher nicht allen am Prozess beteiligten zugänglich gemacht. Dies beruht darauf, dass weder Schüler- noch Elternschaft ausreichend über ihre Rechte aufgeklärt wurden.

##### **Resolution (Schildere die Lösung):**

Es ist notwendig zu der früheren Regelung zurückzukehren, die besagt, dass jede am Prozess beteiligte Personengruppe - Eltern, Schüler und Schulangestellte - je ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder der Schulkonferenz stellt. Außerdem sollten die Sitzungsprotokolle, der Gremien, an denen Schüler- oder Elternvertreter teilnahmeberechtigt sind, zeitnahe schulöffentlich gemacht werden. Das Teilnehmerrecht ergibt sich aus § 35 Bremisches Schulverwaltungsgesetz.

Außerdem fordern wir die Schulleitungen auf, die Schülerschaft sowie die ElternvertreterInnen über ihre im Schulgesetz verankerten Rechte aufzuklären und die mögliche Partizipation seitens der SchülerInnen und Eltern zu unterstützen.

##### **Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):**

Eine Finanzierung ist nicht von Nöten, da kein finanzieller Aufwand entsteht.

**Resolution 3B****Name des Ausschusses: Bildung****Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

Die Grundprinzipien des heutigen Schulsystems und des dazu gehörigen Fächerkanons sind vor 50 Jahren entwickelt worden. Der Lehrplan ist dafür ausgelegt worden, die SchülerInnen auf das damalige Leben vorzubereiten. Doch mit der Zeit nahm die Bürokratie und die Komplexität der Haushalts- und Lebensführung zu. Deshalb sind heute die SchülerInnen nicht mehr ausreichend auf das eigenständige und eigenverantwortliche Leben, welches unbedingt erforderlich ist, vorbereitet.

Bei der Anpassung und Weiterentwicklung des auf keinen Fall stehen gebliebenen Lehrplans ist der Aspekt, dass Schule auf das Leben vorbereiten soll, nicht ausreichend beachtet worden.

**Resolution (Schildere die Lösung):**

Je nach individuellen personellen und finanziellen Möglichkeiten der Schulen können wichtige Inhalte im Unterrichtsplan fächerübergreifend untergebracht werden. Der Lehrinhalt bestünde dabei aus Anforderungen, die auf Schulabsolventen nach Ende der Schullaufbahn zukommen: Arbeitsrechtbestimmungen, Steuererklärungen, Lebenshaltungskosten und Existenzaufbau sowie Vertragsabschlüsse sollen dabei unter anderem verpflichtend im Lehrplan integriert werden.

Dies kann als Ergänzung zum aktuellen Unterricht geschehen, alternativ wird es den Schülern in Form von Workshops oder an Seminartagen verständlich und auf das weitere Leben vorbereitend von Lehrern oder ausgebildeten Fachkräften nahe gebracht.

**Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):**

Da es sich lediglich um eine Erweiterung des Unterrichts handelt, dessen Inhalt von jedem Erwachsenen beherrscht werden sollte, fallen keine Kosten für Weiterbildungen an.

Firmen und Unternehmen können im eigenen Interesse an gut informierten Schulabgängern ausgebildete Fachkräfte an die Schulen schicken, die Workshops anbieten.

### **Resolution 3C**

#### **Name des Ausschusses: Bildung**

##### Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Es gibt nicht genug Transparenz des Schulunterrichts.

Dies hat zur Folge, dass den SchülerInnen nicht oft genug die Möglichkeit gegeben wird, die Lehrer sachlich zu kritisieren bzw. Verbesserungsvorschläge für den Unterricht und dessen Gestaltung zu äußern. Die Ergebnisse der Evaluation, die bereits durchgeführt werden, sind den Interessierten bisher nicht zugänglich. Ebenfalls werden die gesetzlichen Beschlüsse bzw. Bestimmungen der Behörden nur teilweise in ihrer Umsetzung kontrolliert.

##### Resolution (Schildere die Lösung):

An allen Bremer Schulen müssen verbindliche Qualitätsstandards existieren. Die Kriterien der Standards beinhalten, sind aber nicht beschränkt auf:

- Lehre und Lernen
- Infrastruktur der Schule
- Organisation des Schulalltags
- Informationspolitik der Schule (zwischen LehrerInnen und Schülern)
- Aufenthaltsmöglichkeiten für SchülerInnen
- Möglichkeiten zur individuellen Förderung des Einzelnen
- Essensgelegenheiten innerhalb der Schulen (Mensen).

Dies soll von unabhängigen Fachleuten transparent, flächendeckend und regelmäßig überprüft werden. Die Möglichkeit, dass SchülerInnen eine Rückmeldung über deren Unterricht, welche auch zu tatsächlichen Verbesserungen führen kann, mitteilen können, sollte ebenfalls gewährleistet sein.

Auf diese Weise soll eine gezielte Schulwahl aufgrund einer umfassenderen Kenntnis der Schullandschaft, sowie ein qualitativ hochwertiger und zufrieden stellender Umgang zwischen Elternschaft, SchülerInnen und LehrerInnen gefördert werden.

Es wird an das Bildungsressort appelliert sich hiermit zu befassen.

##### Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Da für diese Maßnahme lediglich ein geringer zusätzlicher personeller Aufwand von Nöten ist und die Prüfungsergebnisse u.a. auf den Internetseiten der Schulen veröffentlicht werden können, ist der finanzielle Aufwand als gering zu betrachten.

Des Weiteren wird die Umsetzung des Konzeptes in den bereits bestehenden Statistikerhebungsprozess eingebunden.

**Resolution 4A****Name des Ausschusses: Inneres****Problem:**

Viele Jugendliche sind nicht genügend über Extremismus aufgeklärt. Zudem nutzen die meisten die bereits bestehenden Angebote sich zu informieren nicht. Dies führt dazu, dass Jugendliche sich mit populistischen rechts- und linksradikalen Gruppen identifizieren.

**Resolution:**

Schulen und kulturelle Einrichtungen, wie Theater und Museen, sollen verstärkt zusammenarbeiten.

Damit könnten die kulturellen Einrichtungen sich besser finanzieren und auf Schülerinteressen eingehen. Zudem könnten, wenn möglich, die Eintritte sozial gerechter gestaltet werden.

Langzeitprojekte sowie Initiativen, wie „Aktiv gegen Rechts“ oder „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“, sollen verstärkt unterstützt werden. Workshops und interaktive und schulübergreifende Aktionen sollen in einem größeren Umfang angeboten werden.

**Finanzierung:**

Durch die höheren Besucherzahlen kann der Umsatz der jeweiligen kulturellen Einrichtung steigen.

**Resolution 4B****Name des Ausschusses: Inneres****Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

Ein Anstieg der links- bzw. rechtsextremen Meinungen und Ansichten bei den unter 20-jährigen ist ein wachsendes Problem, welches durch die fehlende Aufklärung im Politikunterricht entsteht und gelöst werden muss.

**Resolution (Schildere die Lösung):**

Wir fordern einen einheitlichen Politikunterricht ab der 7. Klasse mit speziellen Unterrichtsmodulen zur Aufklärung jeglicher extremistischer Ansichten.

Schüler, die mit 16 Jahren wählen dürfen, müssen so früh wie möglich über sämtliche politischen Richtungen hinreichend informiert werden.

Hierbei müssen Links- sowie Rechtsextremismus gleichgewichtig behandelt werden.

**Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):**

Die Änderung ist rein planerischer Natur und bringt keinen finanziellen Mehraufwand mit sich.

**Resolution 5****Name des Ausschusses: Jugend und Soziales****Präambel**

Wir, als Ausschuss für Jugend und Soziales, haben in den letzten Tagen Lösungsansätze für die zu hohe Kriminalitätsrate im Land Bremen gesucht und gefunden. Wir erkannten früh, dass der Weg für jeden Lösungsansatz zu diesem Problem über die Jugend führt. Wir möchten ihnen eine bessere Perspektive in ihrem Leben geben, damit sie erst gar nicht in die missliche Lage geraten, Gewalt anzuwenden und unseren Rechtsstaat zu umgehen. Wir haben uns in der begrenzten verfügbaren Zeit für die Ausschussarbeit zahlreiche umfangreiche Lösungsansätze überlegt, die der oben genannten Problematik entgegenwirken werden. Jede der folgenden Vorschläge wird weit reichende positive Veränderungen mit sich bringen, wir danken für ihr Vertrauen.

**Resolution 5A ( Familienunterstützende Maßnahmen)****Name des Ausschusses: Jugend und Soziales****Problem:**

Durch schlechte Kommunikation zwischen Betreuern/Lehrern und Eltern sind die Eltern meist nur unzureichend über den sozialen Entwicklungsstand ihrer Kinder/Jugendlichen aufgeklärt. Durch diesen Zustand sind die Eltern nur begrenzt in der Lage der Missentwicklung ihrer Kinder, zu einer eventuellen kriminellen Karriere, vorzubeugen

**Lösung:**

Förderung der Kooperation zwischen Eltern und Lehrern/Betreuern bei der Kommunikation und dem in Kenntnissetzen der Eltern über die soziale Entwicklung der Kinder/Jugendlichen. Bei einer frühzeitigen Problemerkennung, sollte ein sofortiges Hilfsangebot für fachliche Hilfe durch die Betreuer erfolgen

**Finanzierung:**

Evtl. Überprüfung und Reform der Solidaritätssteuer zugunsten Unterstützung der Betreuer und Lehrer

**Resolution 5B (Bekämpfung: Mobbing)****Name des Ausschusses: Jugend und Soziales****Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

An vielen Schulen gibt es das Problem, dass Schüler gemobbt werden. Durch diese Ausgrenzung werden die Gemobbten frustriert und bauen Aggression auf. Diese Faktoren führen dazu, dass einige dieser Schüler gewalttätig werden.

**Resolution (Schildere die Lösung):**

Eine mögliche Lösung für dieses Problem ist, Mobbingopfer und Mobbende dazu zu verpflichten an Gesprächen mit Pädagogen teilzunehmen. In diesen sollten Mobbingopfer und Mobbende die Möglichkeit haben, die Rollen zu tauschen wie der Andere sich fühlt. Falls die Mobbingopfer schon sehr starke Aggressionen aufgebaut haben, sollte beiden Seiten empfohlen werden Anti-Aggressionskurse zu besuchen, um eventuellen Gewalttaten vorzubeugen und Selbstvertrauen aufzubauen.

**Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):**

Die Möglichkeit zur Finanzierung solcher Pädagogen und Sozialarbeiter sind bereits gegeben, werden aber nicht vollständig genutzt. Um diese Möglichkeiten vollständig auszunutzen, sollte ein besseres Zusammenspiel der Ressourcen in die Wege geleitet werden.

## **Resolution 5C**

### **Name des Ausschusses: Jugend und Soziales**

#### **Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

Extreme Jugendgewalt ist ein Ausdruck von mangelnder Integration in einer Gesellschaft. Durch die schlechten Sprachkenntnisse der Familien scheitert das Interesse der Kinder an der Integration. Dies führt wiederum zu schlechten oder nicht ausreichenden Leistungen in der Schule, da sie Probleme haben, sich mit ihren Mitbürgern/innen zu verständigen und mit ihnen Kontakte zu knüpfen. Diese schlechten Leistungen können zu Frustration bzw. Aggression führen.

#### **Resolution (Schildere die Lösung):**

Um die mangelnden Sprachkenntnisse der Einwanderer von Anfang an zu verringern, sollten zukünftig kostenlose und verpflichtende Sprachkurse angeboten werden.

Diese Sprachkurse sollten nur für neue Immigranten verpflichtend und für Bürger/innen mit Migrationshintergrund freiwillig angeboten werden. Vor der Teilnahme an den Kursen sollten im Voraus Immigranten einen Test durchführen. Bei Bestehen des Tests ist die Teilnahme an einem Sprachkurs nicht notwendig. Die Kurse sollten mindestens ein Jahr dauern und am Ende sollten die Teilnehmer ein Zertifikat erhalten.

#### **Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):**

Master-Studenten/innen, die Lehramt studieren, könnten diese Kurse übernehmen. Diese Arbeitszeit könnte in Form von „Creditpoints“ angerechnet werden. Das benötigte Geld könnte aus dem Bildungsressort finanziert werden.

## **Resolution 5D**

### **Name des Ausschusses: Jugend und Soziales**

#### **Problem (Beschreibe den Sachverhalt):**

Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, ob aus privaten oder finanziellen Gründen, sind bis zum Schulbeginn nicht in die Gesellschaft integriert. Ein Austausch der Interessen und das Aufkommen von Toleranz gegenüber anderen Kindern und deren Lebensweisen sowie deren Herkunft findet nicht ausreichend statt.

Des weiteren ist eine vorschulische Bildung, wie zum Beispiel das Lernen des Alphabets oder der Verhaltensregeln durch das Fernbleiben vom Kindergarten nicht vorhanden. Dies führt bereits zu Anfang der Grundschule zu bildungstechnisch großen Unterschieden

#### **Resolution (Schildere die Lösung):**

Die oben aufgeführten Aspekte sind mit einer Kindergartenpflicht auf eine sehr einfache Weise zu umgehen. Allerdings ist ein Ausbau der jeweiligen Institutionen in diesem Maße (eine Verdopplung wäre nötig) eher utopisch. Man müsste zunächst einmal denjenigen Eltern, welche einem Kindergartengang ihres Kindes, warum auch immer kritisch gegenüber stehen klarmachen, welche facettenreiche Nachteile dies bringen würde.

Zudem muss der Staat eigenständig öffentliche Institutionen einrichten, welche in die Richtung einer fortbildenden Kinderanlaufstelle die erste Bildung gewährleistet und die ersten sozialen Kontakte sicherstellt. Ist dies alles gewährleistet, so ist es durchaus möglich, die Eltern dazu zu verpflichten, ihre Kinder in Bildungseinrichtungen zu geben und einen Austausch zwischen den Kindern zusichert. Ob die Eltern die kostenlosen Institutionen nutzen oder die nach wie vor offenen privaten Kindergärten, ist ihnen selbst überlassen.

Ein sehr großer Schritt in Richtung Chancengleichheit auf dem Gebiet Bildung ist somit gewährleistet.

WIR FORDERN: Die Einführung kostenloser Institutionen, welche die ersten Sozialisationsprozesse und Bildungsschritte der Kinder sicherstellen, automatisch die Kinder zu einem Austausch von sozialen Kontakten und Interessen fördert und nicht kostenpflichtig ist. Langfristig fordern wir eine gesetzmäßige Verpflichtung der Eltern für die soziale, kulturelle und bildungsmäßige Förderung ihrer Kinder.

**Resolution 5E (Mehr Pädagogik im Lehramt)****Name des Ausschusses: Jugend und Soziales****PROBLEM:**

Auf nicht allen, jedoch viel zu vielen Schulen in unserem Staat ist das Problem zentral, dass die jeweiligen Lehrer zu wenig Möglichkeiten haben, das Vertrauen der Schüler zu gewinnen und einen qualitativ hochwertigen Unterricht aufzubauen. Dies ist definitiv kein Zustand, der langfristig in irgendeiner Form tragbar ist.

Natürlich liegt die Ursache für dieses Problem zum einen bei den Schülern, welche auf Grund von Perspektivlosigkeit nicht bereit sind, sich schulisch zu engagieren und den Pädagogen den nötigen Respekt entgegenzubringen. Lösungen hierzu sind in unseren anderen Resolutionen bereits zu finden. Zum anderen liegt dies aber auch an der mangelnden pädagogischen Ausbildung der Lehrer, mit solchen Situationen umzugehen.

**RESOLUTION:**

Die Lösung dieser Probleme liegt zu Seiten der Lehrer in verpflichtenden Pädagogik-Seminaren. Lehrer sollen über den Zeitpunkt dieser Seminare für sich frei entscheiden können, sie müssen jedoch mindestens einmal im Jahr daran teilnehmen. Sie sollen eine dauerhafte Weiterbildung darstellen, auf die Probleme der Lehrer eingehen und sie für den Alltag weiterbilden, damit ein dauerhaft besserer Umgang mit Schülern und, im Rückschluss mit Lehrern gewährleistet wird.

**WIR FORDERN:**

Verpflichtende Pädagogik-Seminare für Lehrer an jeder Schule, welche einen langfristig besseren Austausch zwischen Lehrern und Schülern bedeutet und in jeglicher Form nur Positives mit sich bringt.